



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 20. November 2013  
(OR. en)

**16589/13**

**ECOFIN 1048  
UEM 391  
EUROGROUP 23**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 15. November 2013

Empfänger: Herr Uwe CORSEPIUS, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: C(2013) 8008 final

Betr.: STELLUNGNAHME DER KOMMISSION vom 15.11.2013 zur Übersicht über die Haushaltsplanung der NIEDERLANDE

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument C(2013) 8008 final.

Über dieses Dokument soll in der **Eurogruppe** beraten werden.

---

Anl.: C(2013) 8008 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 15.11.2013  
C(2013) 8008 final

**STELLUNGNAHME DER KOMMISSION**

**vom 15.11.2013**

**zur Übersicht über die Haushaltsplanung der NIEDERLANDE**

{SWD(2013) 609 final}

## **STELLUNGNAHME DER KOMMISSION**

**vom 15.11.2013**

### **zur Übersicht über die Haushaltsplanung der NIEDERLANDE**

#### **ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN**

1. Die Verordnung (EU) Nr. 473/2013 enthält Bestimmungen, wonach die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet verstärkt überwacht und dadurch sichergestellt werden soll, dass die nationalen Haushaltspläne mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien vereinbar sind, die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Europäischen Semesters für die wirtschaftspolitische Koordinierung veröffentlicht wurden.
2. Nach Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 haben die Mitgliedstaaten der Kommission und der Euro-Gruppe alljährlich bis zum 15. Oktober eine Übersicht über die Haushaltsplanung für das Folgejahr mit den wichtigsten Aspekten der Haushaltslage des Sektors Staat und seiner Teilektoren vorzulegen.

#### **ERWÄGUNGEN ZU DEN NIEDERLANDEN**

3. Auf der Grundlage der am 30. September 2013 von den Niederlanden übermittelten Übersicht über die Haushaltsplanung hat die Kommission in Einklang mit Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 folgende Stellungnahme abgegeben.
4. Die Niederlande unterliegen derzeit der korrektriven Komponente des Pakts. Zusätzlich zu der Übersicht über ihre Haushaltsplanung haben sie einen Bericht über die gemäß den Empfehlungen des Rates vom Juni 2013 ergriffenen Maßnahmen und ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm vorgelegt. Am 2. Dezember 2009 leitete der Rat das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegen die Niederlande ein und empfahl, das übermäßige Defizit spätestens im Jahr 2013 zu korrigieren. Am 21. Juni 2013 gelangte der Rat zu dem Schluss, dass die Niederlande wirksame Maßnahmen ergriffen haben, jedoch nachteilige wirtschaftliche Ereignisse mit gravierenden Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen eingetreten waren, und sprach eine geänderte Empfehlung aus. Den Niederlanden wurde eine Frist bis zum 1. Oktober 2013 gesetzt, um wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung einer nachhaltigen Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2014 zu ergreifen. Ihnen wurde empfohlen, ein öffentliches Gesamtdefizit von 3,6 % im Jahr 2013 und 2,8 % des BIP im Jahr 2014 anzustreben, das gemäß der Frühjahrsprognose 2013 der Kommissionsdienststellen mit einer Verbesserung des strukturellen Saldos von rund 0,6 % bzw. 0,7 % des BIP einhergeht.
5. Im Vergleich zur Herbstprognose 2013 der Kommission ist das Wirtschaftswachstum in der Übersicht über die Haushaltsplanung für 2013 etwas niedriger und für 2014 etwas höher angesetzt. Die prognostizierten Entwicklungen der BIP-Komponenten sind bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls sehr ähnlich. Beim Staatsverbrauch verhält es sich etwas anders, da sich die Zusammensetzung des zusätzlichen Konsolidierungspakets infolge der im Oktober 2013 zustande gekommenen Einigung

über den Haushalt verändert hat. Die betreffenden Änderungen wurden zwar in der Prognose der Kommission berücksichtigt, flossen jedoch nicht in das der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegende makroökonomische Szenario ein. Der laut der Übersicht über die Haushaltsplanung erwartete Anstieg des Wirtschaftswachstums im Jahr 2014 gründet sich stärker auf Investitionen und weniger auf Nettoausfuhren als in der Prognose der Kommission. Das der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrunde gelegte makroökonomische Szenario und die Herbstprognose 2013 der Kommission bergen ähnliche Risiken, wobei bei beiden unter dem Strich das Risiko einer nach unten abweichenden Entwicklung überwiegt.

6. Die makroökonomischen Prognosen, die der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrunde liegen, wurden vom Zentralen Planungsbüro der Niederlande (CPB) erstellt. Die Haushaltsprojektionen gründen sich auf diese Prognosen.
7. Im Vergleich zum aktuellen Stabilitätsprogramm wird in der Übersicht über die Haushaltsplanung von einem höheren gesamtstaatlichen Defizit im Jahr 2014 infolge der schwächer als erwartet ausfallenden Wirtschaftstätigkeit ausgegangen. Es wird eine höheres Gesamtdefizit veranschlagt, obwohl das zusätzliche Ex-ante-Konsolidierungspaket für 2014 bereits im Laufe des Jahres 2013 von 0,7 % des BIP im Stabilitätsprogramm 2013 auf 1 % des BIP in der Übersicht über die Haushaltsplanung angehoben wurde. Auf der Einnahmenseite werden insbesondere geringere Steuereinnahmen als im Stabilitätsprogramm angesetzt. Auf der Ausgabenseite wird erwartet, dass insbesondere die höhere Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 zu mehr Staatsausgaben als in den bisherigen Prognosen vorgesehen führen wird. In Bezug auf das Gesamtdefizit 2013 sind die Prognosen in der Übersicht über die Haushaltsplanung und in der Herbstprognose 2013 der Kommission einander sehr ähnlich. Hingegen wurde im Stabilitätsprogramm 2013 ein etwas höheres Gesamtdefizit für 2013 erwartet. Die niederländische Wirtschaft hat sich seit dem Frühjahr schlechter entwickelt als erwartet, so dass die Einnahmen zurückgingen, während die Ausgaben gleich blieben. Allerdings wird auf der Grundlage der vierteljährlich vom niederländischen statistischen Amt (CBS) veröffentlichten Daten für 2013 ein geringeres Gesamtstaatsdefizit erwartet als noch im Frühjahr, da der Verstaatlichung der SNS Reaal keine großen defizitären Auswirkungen beigemessen werden. Das CBS und Eurostat führen allerdings zurzeit Gespräche darüber, wie diese Transaktion statistisch erfasst werden soll. Vor allem weil sich die Wirtschaftstätigkeit schwächer als erwartet entwickelt, wird für das Jahr 2014 sowohl in der Prognose der Kommission als auch in der Übersicht über die Haushaltsplanung ein höheres Gesamtdefizit als im Stabilitätsprogramm veranschlagt.
8. Sollte sich allerdings das Risiko einer nach unten abweichenden Entwicklung konkretisieren, könnte dies zu geringeren Einnahmen als erwartet führen. Bei einigen der für 2014 vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen bestehen bestimmte mit der Umsetzung verbundene Risiken. Insbesondere bei den Einnahmen könnte es zu Abweichungen von den Prognosen kommen, falls einige der vereinbarten neuen Maßnahmen geringere Erträge als erwartet liefern. Die Ausgaben hingegen sind durch nationale Ausgabenobengrenzen beschränkt, und die Niederlande sind bekannt dafür, dass diese Obergrenzen auch eingehalten werden.
9. Vor allem wegen der nach wie vor hohen Defizite ist die gesamtstaatliche Bruttoschuldenquote im Jahr 2012 auf 71 % des BIP angestiegen und wird sich in

den kommenden Jahren voraussichtlich weiter erhöhen. In der Übersicht über die Haushaltsplanung wird von einem Anstieg auf über 76 % des BIP im Jahr 2014 ausgegangen. Im Vergleich zu dem der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegenden makroökonomischen Szenario bewertet die Kommission in ihrer Herbstprognose 2013 das reale Wachstum etwas weniger optimistisch und geht von einer etwas höheren Schuldenquote aus. Die Risiken für den Schuldenpfad bestehen in erster Linie darin, dass die Gesamtdefizite höher bzw. das nominale Wachstum geringer ausfallen könnte(n) als erwartet. Die bestehenden Risiken aufgrund ausstehender staatlicher Garantien sind zwar hoch, aber offenbar begrenzt.

10. Da sich die Wirtschaft noch schlechter entwickelt hat als erwartet, hat die Regierung ein zusätzliches Konsolidierungspaket für das Jahr 2014 verabschiedet, das das Stabilitätsprogramm ergänzt und auch in die Übersicht über die Haushaltsplanung für 2014 eingeflossen ist. Dabei handelt es sich in erster Linie um Ausgabenkürzungen im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich und in der öffentlichen Verwaltung. Es wird erwartet, dass infolge der vorgesehenen Steuererhöhungen die Einnahmen steigen werden. Durch gezielte Ausgabenerhöhungen und Nettoeinnahmenminderungen, die teilweise bereits für 2013 vorgesehen sind, sollen die Auswirkungen der Haushaltkskonsolidierung auf die Wirtschaftstätigkeit und das Wachstumspotenzial abgedämpft werden. Die einschlägigen Maßnahmen sind hinreichend detailliert und quantifiziert, und die Regierung scheint, was ihre Annahme anbelangt, über genügend Rückhalt im Parlament zu verfügen. Allerdings ist ungewiss, welche konkreten Auswirkungen bestimmte umfangreichere Maßnahmen auf den Haushalt haben dürften; dies gilt besonders für die erwarteten Ausgabeneinsparungen auf kommunaler Ebene und die vorgesehene Ausgabenzurückhaltung im Gesundheitswesen.
11. Es wird erwartet, dass das Gesamtdefizit im Jahr 2013 unter dem Ziel von 3,6 % des BIP liegen wird, das der Rat in seiner Empfehlung im Rahmen des Defizitverfahrens gesetzt hat. Die Anforderungen des Defizitverfahrens für das Jahr 2013 sind sowohl in Bezug auf das Gesamtdefizit als auch in Bezug auf das strukturelle Defizit erfüllt worden, und es sind wirksame Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung des Rates vom 21. Juni 2013 ergriffen worden. Für 2014 wird prognostiziert, dass das Gesamtdefizit über dem empfohlenen nominalen Ziel von 2,8 % des BIP bleiben wird. Laut der Herbstprognose 2013 beläuft sich die Änderung des strukturellen Saldos (um Änderungen des potenziellen Wachstums und unerwartete Mindereinnahmen korrigiert) auf 0,5 % des BIP und liegt damit unter der in der Empfehlung des Rates im Rahmen des Defizitverfahrens vorgesehenen Verringerung um etwa 0,7 % des BIP. Eine Bottom-up-Bewertung, in deren Rahmen der Umfang der im Jahr 2014 erforderlichen haushaltspolitischen Anstrengungen auf Basis der zusätzlichen einnahmenwirksamen Maßnahmen und der von der Regierung gesteuerten Ausgabenentwicklung zwischen dem Defizitverfahren-Szenario und der Herbstprognose 2013 der Kommission veranschlagt wurde, hat ergeben, dass die Niederlande für 2014 zusätzliche Maßnahmen mit einem Umfang von etwa 1 % des BIP ergriffen haben, was dem für erforderlich gehaltenen Zusatzaufwand für die Erreichung der strukturellen Ziele entspricht, die in der Empfehlung des Rates im Rahmen des Defizitverfahrens vorgegeben wurden.
12. Das zusätzliche Konsolidierungspaket scheint die die Bildungsausgaben unangetastet zu lassen, was in Übereinstimmung mit der landesspezifischen Empfehlung zu den

öffentlichen Finanzen steht und zu besseren langfristigen Wachstumsaussichten der Niederlande beiträgt.

13. Gemäß der Empfehlung des Rates vom 21. Juni haben die Niederlande auch ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm übermittelt. Die Kommission hat das Programm geprüft und ist zu dem Schluss gelangt, dass es eine weitgehend angemessene Palette haushaltspolitischer Strukturreformen enthält, mit deren Hilfe das übermäßige Defizit wirksam und dauerhaft korrigiert werden kann. Auf dieser Grundlage hat die Kommission einen Vorschlag für eine Stellungnahme des Rates zu dem Wirtschaftspartnerschaftsprogramm abgegeben.
14. Alles in allem vertritt die Kommission auf der Grundlage ihrer Prognose die Auffassung, dass die ihr am 30. September 2013 übermittelte Übersicht über die Haushaltsplanung der Niederlande mitsamt ihrer nachfolgenden Ergänzungen mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Einklang steht, allerdings auch keinen Spielraum lässt. Insbesondere besagt die Prognose der Kommission, dass der Empfehlung des Rates im Rahmen des Defizitverfahrens für 2014 nachgekommen wird, wenngleich davon auszugehen ist, dass das übermäßige Defizit nicht bis Ende 2014 beseitigt werden kann. Angesichts der ermittelten Risiken ist es erforderlich, die Haushaltsentwicklung in den Niederlanden in naher Zukunft eng im Auge zu behalten. Die Kommission ist zudem der Auffassung, dass die Niederlande bereits gewisse Fortschritte bei der Umsetzung des strukturellen Teils der haushaltspolitischen Empfehlungen, die der Rat im Rahmen des Europäischen Semesters abgegeben hat, erzielt haben. Die Kommission ersucht die Behörden, den Haushaltsplan konsequent durchzuführen und weitere Fortschritte bei der Umsetzung der haushaltspolitischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester zu machen.

Brüssel, den 15.11.2013

*Für die Kommission  
Olli REHN  
Vizepräsident*